

Was sagt die Reichsregierung? Auswärtiges Amt und Reichsgericht Fragen zum Geheimurteil

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert Aufklärung...

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag wegen des Urteils im Leipziger Landesservatursprozess folgende Interpellation eingebracht:

Am 23. November 1931 hat das Reichsgericht zwei Schriftsteller wegen Verbrechen gegen den § 1 Absatz 2 des Gesetzes über den Verbot militärischer Geheimnisse zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Verfahren, das zu dieser Verurteilung geführt hat, liegt ein Auflass m' der Liebeschrift 'Wädiges aus der deutschen Luftfahrt' zugrunde, der in Nr. 11 der Zeitschrift 'Die Weltbühne' vom 12. März 1929 erschienen war. In diesem Auflass sind keine Geheimnisse enthalten, sondern nur Dinge erwähnt worden, die entweder in einer breiteren Reichweite bekannt waren oder Protokoll der 312. Sitzung des Reichsausschusses für den Reichsausschuss vom 3. Februar 1928 gedruckt zu sein waren. Nicht nur in dem Prozess, der zu der Verurteilung der beiden Angeklagten geführt hat, sondern auch für die Verkündung der Urteilsbegutachtung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da angeblich eine Gefährdung der Staatssicherheit zu befürchten war. Darüber hinaus hat der zuständige Senat des Reichsgerichts es für notwendig gehalten, allen Beteiligten unbedingte Schweigepflicht über alle während des Prozesses zu ihrer Kenntnis gelangenden Umstände aufzuerlegen.

1. Ist sie bereit, über die näheren Umstände, die zur Einleitung des Verfahrens geführt haben, Auskunft zu geben und insbesondere darüber, weshalb der Prozess erst 1 1/2 Jahre nach dem Erscheinen des betreffenden Artikels fortgesetzt wurde?
2. Ist es wahr, daß die Bearbeitung der Urteile in diesem Prozess in dem Referat des Reichsanwalts Jorns erfolgt ist?
3. Ist die Reichsregierung bereit, die Urteilsbegutachtung bekanntzugeben?
4. Hält die Reichsregierung ein Geheimverfahren, wie es bei diesem Prozess vom Reichsgericht geübt worden ist, für geeignet, das Vertrauen des deutschen Volkes in die deutsche Rechtsprechung zu stärken?
5. Hält die Reichsregierung die Meinung, daß durch die Art, in der der Prozess vor dem Reichsgericht geführt worden ist, im Ausland nicht viel falscher Auffassungen über angebliche deutsche Geheimverhältnisse entstehen können, als sie vor der Durchführung des Prozesses bereits entstanden haben? Ist dieses vielleicht die Meinung des Auswärtigen Amtes gewesen? War die Verögerung des Prozesses darauf zurückzuführen, daß das Auswärtige Amt aus außenpolitischen Gründen die Durchführung des Verfahrens für falsch hielt?
6. Ist die Reichsregierung bereit, alle Schritte zu tun, um die Vollstreckung dieses Urteils des Reichsgerichts zu verhindern?

Frieds Anbiederungsversuche

München, 25. November. (Eigenbericht.) Der Vorsitzende der Vaterlandspartei des Reichstages, Fried, unternimmt im 'Waldschen Beobachter' einen mit Drohungen gespielten Anbiederungsversuch an das Zentrum. Nach der Sicherung der bayrischen Geschäftslage, die mit den Sägen beginnt, 'Wir führen keine Hand zurück, die sich um zu wirklich ehrlischer Zusammenarbeit anbietet', erklärt der königliche Sejmatriegler von Birnbaum:

„Blieser hat das Zentrum noch nicht zu erkennen gegeben, daß es zu jeder ehrlischer Zusammenarbeit mit uns bereit ist. Mit einer Lieberbedingung, wie sie nur dem Zentrum eignet, verlangt diese Partei von uns grundsätzliche Änderungen unserer Lieberzeugung, wenn wir für das Zentrum koalitionsfähig werden wollen. Darauf kann das Zentrum lange warten. Sein Verlangen beruht auf einer völligen Verneinung der wahren Sachlage. Nicht an uns ist es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es ist jetzt 5 Minuten vor zwölf. Heute ist noch Zeit, daß sich das Zentrum eines besseren besinnst. In einigen Wochen und Monaten ist's zu spät. Dann wird die Geschichte über die schmarzen und über die roten Waffentag zur Tagesordnung übergehen. Die Reichspräsidentenwahlen spätestens im April und die preußischen Landtagswahlen spätestens im Mai 1932 müssen die endgültige Entscheidung bringen.“

Das Recht auf Enteignung

Die Konsequenzen der neuesten Offizile-Berordnung

Mittwoch wurde im Haushaltsausschuß des Reichstages die Organisation der Offizile weiter erörtert. Dabei fand nach wie vor die neue tief in Eigentumsverhältnisse der Gläubiger eingreifende Offizile-Berordnung im Mittelpunkt der Erörterung.

Abg. von Dittmar (Dnat.) kämpft für den notleidenden Großbetrieb, er meint, daß 40 Proz. der bisherigen Mittel für den Großbetrieb, wie es der 'Borwärts' richtig festgestellt habe, zwar richtig sei, aber das sei doch nicht der Eisenmarkt, wie es der 'Borwärts' genannt habe.

Abg. Kint (Bayer. Bauern- und Mittelstandsbund) ist über die sozialdemokratischen Vorkesslungen von übermäßigem Personalumfang der Offizile etwas erzdet. Am übrigen tritt er für den bürgerlichen Osten ein, auch dort gehe es den Bauern ernsthaft schlecht. Der Großbetrieb komme, er nicht weiterkommen, unter Zwangsverwaltung und dem Befiger sichere man seine Lebenshaltung, der Kleinbetrieb werde furcherhand versteigert.

Abg. Moldenhauer (Dsp.): Eine schematische Herabsetzung der Zinsen dürfe es nicht geben. Die neue Offizile-Berordnung wolle an sich nicht enteignen, aber ihre Gefahren in dieser Richtung seien doch so groß, daß Einschränkungen der Berordnung erfolgen müßten.

Abg. Graf Westarp (Konf. Sp.) sieht in den Eingriffen in das Privatigentum, wie sie die neue Offizile-Berordnung vornimmt, nur eine Art Kriegswirtschaft, aber keine Enteignung im sozialistischen Sinne.

Ueber die Aufgaben der Strafrechtspflege Preußens Justizminister mahnt Staatsanwaltschaften werden zur Bekämpfung der politischen Rowdys angehalten

Der preußische Justizminister hat, insbesondere veranlaßt durch die sich in letzter Zeit immer mehr häufenden Gemisstaten im politischen Kampf an die Justizbehörden einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

Bei der Aufgabe, in der sich das Vaterland befindet, sei es Aufgabe der Strafrechtspflege, mit allen Mitteln zu einer Befriedung des politischen Lebens und zu einer Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Dazu sei vor allem eine reiche, tatkräftige und ungeschäftige Verfolgung dieser Straftaten notwendig. Nur wenn die Strafe der Schwere der Verletzung und den von dem Täter verübten sozialen und wirtschaftlichen Folgen entspreche und wenn sie der Tat in kurzer Frist folge, bildet sie ein wirksames Mittel der Abwehr. Geboten sei vor allem, alle Tatkräfte auf die zielbewusste und rasche Aufklärung der Hauptpunkte des Verbrechens zu vereinigen, alle zur Sicherung der Verfolgung zulässigen Maßnahmen ungenutzt und ohne Anziehung der Verurteilung zu ergreifen, namentlich auch rechtzeitig zu prüfen, ob die Bedeutung und die Umstände des Einzelfalles eine Verhaltung gebieten. In der Hauptverhandlung hätten die Vertreter der Anklage das Staatsinteresse und das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen. Bedingte Aussetzung der Strafe werde bei solchen Straftaten nur ausnahmsweise gemährt werden dürfen.

Die Staatsanwaltschaft habe durch Regelung ihres Berichtsverhältnisses die Gewähr dafür zu übernehmen, daß

schleunige Untersuchungsabhandlungen jederzeit ohne Verögerung in Angriff genommen werden. Die Bekämpfung wirtschaftlicher Straftaten sei insbesondere Sachbearbeitern zu übertragen. Zwischenhandlungen gegen die Vorstände über die Devisenbewirtschaftung liegen nachdrücklich unter Ausnutzung der bei den Landesinspektoren eingerichteten Devisenstellen zu veranlassen und in allen geeigneten Fällen im Schnellverfahren zur Beurteilung zu bringen.

Der preußische Justizminister mahnt die Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte hinsichtlich in vollem Umfang dafür verantwortlich, daß die Staatsanwaltschaften den herorgehobenen Gesichtspunkten überall Rechnung tragen. Er ersucht ferner die Oberlandesgerichtspräsidenten und Landgerichtspräsidenten, bei der Auswahl der Untersuchungsrichter und bei der Geschäftsverteilung, soweit das Gesetz und die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit es zulassen, dafür Sorge zu tragen, daß die Bearbeitung der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Straftaten von größerer Bedeutung in die Hände von Richtern gelegt werden, die den besonderen Anforderungen, die diese Sachen stellen, in vollem Umfang gewachsen sind.

In der ersten Hälfte des Dezember wird der Justizminister die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte zu einer gemeinsamen Besprechung einberufen, um die wirksame Durchführung der nach dem Erlaß erforderlichen Maßnahmen mit ihnen zu erörtern.

Die Münchener Radau-Studenten

München, 25. November. (Eigenbericht.) Die Nationalsozialisten betreiben für die allgemeinen Studentenwahlen an den Münchener Hochschulen, die am 26. November stattfinden, wieder eine reiche parteipolitische Agitation mit all den üblichen Begleiterscheinungen des Lärrens und der Beschimpfung Andersdenkender. Sie werden dabei in weitgehendem Maße unterstützt von der Tagesleitung und den SA-Formationen.

Die beabsichtigte Sprengung einer Versammlung demokratischer Studenten, in der Regierungspräsident Friedensburg-Rosell sprach, wurde nur durch den vom Reichsanwalt gestellten Saalbau vereitelt. Aus Mache überließen die Rowdys nach Schluß der Versammlung mit Hilfe von Autos, die sie aus dem Braunen Haus rekrutiert hatten, die mit ihren Führern beimtredenden Reichsbannerleute. Bei der Verteilung ihrer Kampfschriften und Flugblätter, in denen mit abscheulichen Karikaturen die missliebigen Hochschulreger verunglimpft werden, mischten die Vaterlandspartei ungefragt alle Anordnungen der Polizei und der Hochschulbehörden, die solches Verteilen innerhalb der Hochschulen und vor den Gebäuden ausdrücklich der vorherigen Genehmigung abhängig machen. Andererseits verhindern sie mit Gewalt die agitatorische Tätigkeit der freischützlich geminteten Studentengruppen. Unter diesen Umständen ist vorauszusehen, daß die neu gewählten Studentenversammlungen nichts anderes als Bruchstücke der nationalsozialistischen Parteipolitik werden, die ein Hoch auf die Idee studentischer Selbstverwaltung sind. Das heutige Studentensministerium plant deshalb eine Neuordnung des Studentenrechts, durch das die rein politische Betätigung innerhalb der Studentenversammlungen verhindert und die rein fachliche Selbstverwaltung garantiert werden soll.

Keine Eröffnung der Börse Sie bleibt weiter geschlossen

Da das Reichsfinanzministerium und das Reichsbankeirektorium von einer Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen bei der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Situation Stadtteile befürchten, steht bei der preußische Handelsminister außerstande, die Wiedereröffnung der Börse zuzulassen.

Missionsfürsorgefandal

Die Staatsanwaltschaft Breslau (Lidernart) hat die Bornirung der Missionen gegen die Direktor Grüber der Fürsorgeanstalt der Inneren Missionen in Berlin und gegen drei weitere im unterstellten Erzieher eingeleitet. Aus der Fürsorgeanstalt Tempeln sind gegenwärtig 1000 Missionen bekannt geworden. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft soll sich fast der gesamte Bertrieber der Anstalt durch furchtbar, zum Teil unter Anwendung von Waffen und Werkzeugen begangene Mißhandlungen der vorläufigen Körperverletzung und fortgesetzten Gesundheitschädigung der Jüglinge schuldig gemacht haben. Zwei der Erzieher werden ferner der fortgesetzten Verletzung unzüchtiger Handlungen an minderjährigen Jünglingen beschuldigt.

Die Bluttat von Buggow

Die Staatsanwaltschaft Anklam hat die Leiche der in einem Gehölz bei Buggow (Pommern) erschlagenen Frau von Hennigs freigegeben; die Beisetzung wird auf dem Gute Buggow stattfinden. Der Förster Ginzler, der das Ehepaar Hennigs auf dem Gute durch das Gehölz begleitet hatte, gilt durch Fingerabdrücke als überführt, die Falle, durch die Frau von Hennigs getötet worden ist, angelegt zu haben. Die Kriminalpolizei vertritt den Standpunkt, daß Ginzler nicht auf eigene Initiative, sondern auf Anstiftung gehandelt hat und führt ihre weitere Untersuchung in dieser Richtung.

Eine Liste für die Heftersarbeit der Sturmabteilungen Morddokument aus dem Braunen Haus

Der 'Münchener Post' ist ein Dokument aus dem Braunen Haus in die Hände gefallen, das beweist, daß die Führung der NSDAP für den Zeitpunkt des Machtantritts politische Zwecke in großer Zahl vorbereitet. Das Dokument ist eine der Listen, auf denen diejenigen Personen in München mit Namen und Adressen bezeichnet sind, die in der geplanten 'Vorkriegsaktion' erbeidigt werden sollen. Mit den Namen und Adressen ist neben den Namen auf der Rückseite der Liste diejenige Sturmabteilung bezeichnet, die die Heftersarbeit auszuführen hat. Unter den Namen der von der 'Münchener Post' in 'Häufigkeit veröffentlichten Liste befinden sich auch der Name des Abgeordneten Bauer und ein etwas bekannter Redakteur des Blattes, der als Führer des Jungbanners bei den Vaterlandsparteiern besonders verhaßt ist.

Gemeindevorsteher a's Naziagitator Er fällt sich schon im 'Dritten Reich'

Der Gemeindevorsteher von Weigmig (Kreis Breslau) hat folgenden Aufruf an seine Untertanen erlassen:

„Gleichzeitig wurde ich bekannt, daß in Rathbüren und Umgebung eine Ortsgruppe der Nationalsozialisten gegründet wird. Wer ein Mann ist und das Ziel im Auge hat, unserem bedrängten Vaterlande zu helfen, der trete der Ortsgruppe bei. Wirtsoch werde ich diejenigen normieren, welche gemäß sind für die Welt ihren Mann zu stellen. Gemeindevorstand: gez. Kappel.“

Wir erwarten, daß dem Nazi-Propagandisten von Weigmig in beamteter Stellung von der Regierung keine Unterstützung mit der erforderlichen Rücksicht und Konsekuenz bedeutet wird, daß das 'Dritte Reich' noch in weiter Ferne liegt.

Präsidentenwahl vertagt

Entscheidungen des Preußenlandtages

Als erster Punkt auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung des Preußischen Landtages steht die Wahl eines neuen Landtagspräsidenten, für die von der sozialdemokratischen Fraktion als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bartels der Abg. Einert vorgeschlagen wurde.

Das Haus war stark besetzt. Angeführt der Gerichte, die vor der Sitzung in den Wandelgängen des Landtages die Kunde machten, wonach zwei Fraktionen des Hauses ihre Vizepräsidenten zurückziehen beabsichtigten, wenn der Abg. Einert zum Präsidenten gewählt würde, herrschte starke Spannung. Unter den Abgeordneten wurde man sich den preußischen Ministerpräsidenten Gleich nach Eröffnung der Sitzung vertrug Abg. Graß (3.) die Ablehnung der Präsidentenwahl von der Tagesordnung. (Schl. Zurufe b. d. Komm.)

Abg. Schwenk (Komm.) widerspricht der Verlegung der Wahl

mit der Begründung, es müsse festgestellt werden, ob der Landtag bereit sei, einen Mann, wie Einert, zum Präsidenten zu wählen. Die Kommunisten schlugen für die Wahl des Präsidenten ihren Fraktionsgenossen Kasper vor. (Lachen b. d. übrigen Parteien.)

Der Verlegungsantrag des Zentrums wird mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Der auf einen Antrag der Deutschen Fraktion zurückgehende Antrag des Hauptauschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, bei der Reichsregierung auf eine Revision des Young-Plans mit dem Ziel der absoluten Einstellung jeglicher Reparationsleistungen hinzuwirken, wird in namentlicher Abstimmung mit 184 Stimmen der Reichsparteien von insgesamt 276 abgegebenen Stimmen angenommen. Von den Einsparungen wurden 82 Einsparungsstellen abgelehnt.

Das Haus wendet sich hierauf der Beratung des deutschnationalen Wirttrauensantrages gegen Kultusminister Grimme zu.



Der Spag auf der Straße

Im Sommer galt er nicht viel, der Spag. Als wir bessere Begleiter bei uns hatten. Aber im Herbst und im Winter, dann wird er uns wieder der Freund. Dann möchten wir ihn im Straßenbild nicht missen.

Wird er aber auch immer dieser Freund bleiben? Immer mehr nimmt der Autoverkehr zu. Und ist der Freund des Spagen. Nicht nur wegen der bequemen Ernährung, die der Pferdebesitzer dem Spagen auf der Straße bietet. Der Spag kann auch die Ausbuntungen der Autos nicht recht vertragen, und darum wandert er aus, wenn die Leucht auf seine Wünsche und Bedürfnisse keine Rücksicht nimmt.

Bei uns ist hiervon allerdings noch nicht allzuviel zu spüren. Diese paar Autos, die wir in Deutschland besitzen, die läßt sich der Spag noch gefallen. Aber in Amerika ist es anders. Da stellt das Auto das allgemeine Volksverkehrsmittel dar. Und das wird dem Spag allmählich zuviel.

A. S. Clark, der Biologe am Amerikanischen Nationalmuseum, teilt jetzt mit, daß der Spag in den Städten der östlichen amerikanischen Staaten bereits wesentlich zurückgegangen ist. Auch aus den englischen Großstädten kam vor einiger Zeit die gleiche Kunde. Der Spag scheint zu fliehen. Es gefällt ihm nicht mehr in den autoburdenen Städten. Er wandert aus. Er hat es ja gar nicht nötig, sich in stickigen Straßen aufzuhalten.

Und vom Straßenpaven wird einst nichts mehr bleiben als das Wärdchen, das wir unseren Enteln von ihm erzählen werden: „Es war einmal...“

Begleit der Nazifolien verboten

Aber nur im Universitätsgebäude.

Der Rektor der Universität, Prof. Aubin, hat das Ansehen der sogenannten „Nationalen Universitäts-Zeitung“ in den Räumen der Universität verboten. Das halbtägliche WZ, das diese Gesellschaft allseitig weiter verbreitet, bemerkt dazu, daß die Gründe dazu „noch nicht bekannt“ seien. Uns scheint es, daß die Gründe so klar sind, daß sie selbst der für die Nazis schwärmende WZ-Mann hätte begreifen können. Er hätte nur einen Blick in das jetzt verbotene Blatt werfen sollen, dessen letzte Nummer eine einzige Seite gegen die prüflichen Behörden, die den kanakulierenden Studenten überhaupt über ihr Studium er-möglichen, bedeutet.

„Ceterum censeo...“ heißt es am Schluß jedes der einzelnen heftigen Ergüsse. Das soll eine Anspielung sein auf den römischen Patrioten Cato, der jede seiner Reden beendete: „Ceterum censeo, Carthaginienses esse delendam.“ (Und im übrigen bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß.) Aus Redehandschriften übertragen soll das heißen, daß „Rot-Preußen“ zum Teufel gehen solle.

Ja wohl, wir haben auch unsere Meinung! Und zwar, daß manchem der Rücksichten auf den deutschen Universitäten noch viel zu wohl ist.

Witwe in ihrer Wohnung überfallen

Am Mittwoch stand beim Landgericht Halle die Verurteilungsbekanntmachung gegen den 56-jährigen Maurer Albert Stieh an, der wegen versuchten Raubüberfalles in erster Instanz zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Er hatte am 7. August in der Charlottenstraße sich Zutritt in die Wohnung einer 57-jährigen Witwe verschafft, unter dem Vorwand, mit ihr über einen Kaufkontrakt zu verhandeln. Blühlich fiel er über die Frau her und brachte ihr erhebliche Verletzungen bei. Auf die Hilfe der Überfallenen ließ er vor ihr ab und verließ sie. Er wurde aber von den herbeieilenden Hausbesohnern ausfindig gemacht. Die Verurteilungsbekanntmachung ergab keine neuen Momente, so daß die Verurteilung verworfen wurde.

Grenzverletzung im Stadtgebiet. Die Häuser Universitätsring Nr. 2 bis 11, die im Bezirk des 6. Polizeireviere liegen, werden vom 1. Dezember an dem 1. Polizeirevier zugewiesen.

SPD, Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsbezirksversammlungen statt:

- Donnerstag, den 26. November, 20 Uhr:
 - 1. Ortsbezirk: Lokal Reichshof, Trafa. Reichstagsabgeordneter Genosse Peters spricht über das Thema: „Wo steuern wir hin?“
 - 2. Ortsbezirk: In Millers Restaurant, Köhlerstraße. Redner Stadtverordneter Genosse Derrmann Klemm, Halle.
 - 11. Ortsbezirk: Lokal Senne, Wörmitzer Straße. Vortrag mit Bildern.
- Die Mitglieder werden ersucht, in diesen Versammlungen zahlreich zu erscheinen.

Industrie- u. Handelskammer gegen Zollmauern

Kritisches zu den Äußerungen des Handelskammer-Präsidenten zur Wirtschaftslage

Halle, den 26. November.

In der gestrigen Gesamtsitzung der Industrie- und Handelskammer Halle gab Präsident Dr. Curt Stedner wieder einen Überblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Die Signale der Wirtschaft der Welt, so führte er aus, dauern fort. Die Schwierigkeiten Deutschlands sind unerblicklich, je lebhafter durch unverantwortliche Verheerungen einzelner noch vergrößert werden. Stedner kritisierte dann die wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Wochen. Er meinte, wir seien wieder auf der Grundlage des Young-Planes angelangt, und es habe der Kampf damit eingeleitet, wie die Vernetzung im Rahmen des Young-Planes zu erfolgen habe, wie es die französische Meinung ist, oder nicht.

Ohne Frankreich in Schutz nehmen zu wollen, müssen wir doch betonen, daß das Mittrauen Frankreichs gegen ein sich zum Nationalsozialismus entwickelndes Deutschland gerade in einer Zeit, da Verträge in der Wirtschaft fast nutzlos sind, als Gift, verflucht ist, und daß die Klage über den „hohen Willen“ Frankreichs, der sich auf diesen politischen Mittrauen gründet, gerade in den Kreisen der Wirtschaft gar nicht angebracht ist, die diesen Nationalsozialismus zum Teil als Kampfmittel gegen die Wirtschaftlichen finanzierten.

Als fernere Frage für Deutschland nannte Stedner die Regelung der kurzfristigen Verhältnisse, also die Stillhalterfrage. Sehr erfreulich war die Stellung des Handelskammerpräsidenten zu den in den letzten Tagen ergangenen politischen Maßnahmen in England. Der Präsident führte dazu aus: „Wo eine Verschärfung handelspolitischer Maßnahmen noch führen soll, wie sie jetzt England in Umsetzung seiner bisherigen Einstellung mit der vor wenigen Tagen erfolgten Zollveränderung von 50 Prozent eingeführt hat, ist nicht abzusehen.“

Wird dieses System, Zollmauern auf Zollmauern zu türmen, auf die Dauer beibehalten, so wird nicht nur die Verarmung, sondern der Ruin aller, auch solcher Völker die Folge sein, die noch glauben, sich auf einer Insel der Seligen isolieren zu können.

Zur Währungsfrage betonte Stedner ebenfalls sehr richtig, daß die Erhaltung unserer Währung die Voraussetzung für Deutschlands wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist. Sehr lobt kritisierte Stedner die Haltung der Regierung Brünning zur „Anturhebung der Wirtschaft“, wie sie die Wirtschaft wünsche. Man warte immer noch auf das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Der Wirtschaftsbeirat habe auf diesem Wege

bisher auch verlagert. Stedner wandte sich dann gegen eine etwa beabsichtigte Zwangsverwirklichung der Zinsen, wie sie ja die Nationalsozialisten anstreben.

Die gegenwärtigen Rüstfälle seien nicht die Folge eines Zinswunders, sondern lediglich die Folge des Mißverhältnisses von Kapitalangebot und Kapitalnachfrage.

Zinsverbilligung lasse sich aber nur durch erhöhte Kapitalbildung erreichen, was durch Ermäßigung der übermäßigen Belastung an Steuern und sozialen Lasten möglich sei. Bringt man nun zur Kapitalbildung, Rasterung und noch die dritte Forderung der Handelskammer, die Selbstfinanzierung, die Stedner gegen Schluß seiner Ausführungen forderte, so hat man wieder die ganze alte Kollektion der Wirtschaft zusammen, mit denen die Wirtschaft selbst sich sanieren will. Der verhängnisvollste Grundgedanke dabei ist wohl der, daß es in Deutschland tatsächlich an Kapital mangle — nämlich daher, weil Kapitalbildung Kapitalverbindung bedeutet und letzten Endes den Konsum drohen muß, anstatt ihn zu beleben.

Das wirtschaftliche Uebel unserer Zeit ist doch das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzkraft.

Dieses Mißverhältnis gilt es zu beheben, und zwar durch Schaffung eines gutfunktionierenden finanziellen Kreditwesens, das eine Kreditexpansion ohne Inflation ermöglicht und die Kreditverknüpfung der Konsumgütererzeugung zuläßt — nicht wie bisher, wo die Tendenz der Kredit zur Kapitalgütererzeugung, d. h. zu neuen Investitionen neigte, die den vorhandenen Produktionsapparat noch mehr ausweitete.

Man hat bisher leider immer wieder die Wirtschaft von der Produktionsseite aufgemacht und sich nicht um den Konsum gekümmert. Wir müssen mit unserem Konsum wieder in den Produktionsapparat hineinwirken. Wenn man das aber erkannt hat, wird die Senkung der Zölle — denn Selbstfinanzierung heißt doch in der Wirtschaft Selbstentzug — ein willkommener Umweg.

Der Präsident sprach sich zum Schluß für die Wiedereröffnung der Börsen aus.

Nach einem Referat über die Ermäßigung der Eisenbahntarifen und Posttarife, befragte die Kammer an den Deutschen Industrie- und Handelskongress unterrichtet wurde, mit einigen Befragten unter Mißbrauch des Namens „Migros“ private Eiden in verschiedenen Städten Deutschlands zu eröffnen begonnen hat. Wie Spiegelstecher die Erklärung des Ausschusses Ertinger ist, er habe der bisherigen Verwaltung keinerlei Informationen über die Abwicklung des Konkurses unterbreitet, zeigt doch die Tatsache, daß eine Gläubigerversammlung stattgefunden hat. Es ist durchaus unverständlich, weshalb Konkursverwalter und Konkursrichter der Verwaltung über den Verlauf des Konkurses Mitteilungen nicht hätten zukommen lassen. Auch das rechtskommunale Blatt zeigt sehr richtig: „Mit Spiegelstecherei kann die Bezirksleitung Ertinger nicht abun.“

Ertinger aus der SPD. ausgeschlossen

Der gestern noch als großer Held Verhimmelte wurde gestürzt, um die Schuld der SPD. am IAB-Berbrechen zu verulchen

Raum gedacht, ward der Luft ein End gemacht. Gestern noch auf hohen Pfosten, heute — aus der SPD. ausgeschlossen! So kann man, ein altes Volkslied verarbeitend, den Konsum „Selben“ Karl Ertinger bejagen, denn Ertinger, der Reichsleiter der SPD.-Genossenschaftsteilung, ist, wie der „Klassenkampf“ vom 24. November meldet, aus der SPD. ausgeschlossen worden.

Der Leser erinnert sich unseres Artikels „Kommunistische Leichenfledderei im IAB.“, in dem wir bereits mitteilten, daß Ertinger wie Gärtel, beides stramme Einrentkommunisten, Privatunternehmer wurden, d. h. private Unternehmungen gründeten, die da sie zur genossenschaftlichen Idee überhaupt keine Beziehung mehr haben, vielmehr reine privatkapitalistische Unternehmungen sind, der Genossenschaftsbewegung die größte Konkurrenz bieten. In diesem Artikel hatten wir betont, daß die SPD. schon Wä h a h n e n gegen die gestern noch Verhimmelten angeknüpft habe. Diese Antikämpfungen sind jetzt Wirklichkeit geworden. Kamme der „Klassenkampf“ damals immerhin den wahren Grund des Ausschlusses, so wird er in der jetzt veröffentlichten Resolution bisberiger IAB-Vorstands- und Ausschußmitglieder zum Ausschluß Ertingers verhängt. Als Grund des Ausschlusses wird hier angegeben, daß Ertinger „aus Einigen des Konkursverwalters der bisherigen Verwaltung keinerlei Informationen über die Abwicklung des Konkurses gegeben“ habe. Ertinger in zweiter Linie wird als Grund des Ausschlusses angegeben, daß

Ertinger, der als einziger vom Konkursverwalter über die Abwicklung des Konkurses unterrichtet wurde, mit einigen Befragten unter Mißbrauch des Namens „Migros“ private Eiden in verschiedenen Städten Deutschlands zu eröffnen begonnen hat.

Wie Spiegelstecher die Erklärung des Ausschusses Ertinger ist, er habe der bisherigen Verwaltung keinerlei Informationen über die Abwicklung des Konkurses unterbreitet, zeigt doch die Tatsache, daß eine Gläubigerversammlung stattgefunden hat. Es ist durchaus unverständlich, weshalb Konkursverwalter und Konkursrichter der Verwaltung über den Verlauf des Konkurses Mitteilungen nicht hätten zukommen lassen. Auch das rechtskommunale Blatt zeigt sehr richtig: „Mit Spiegelstecherei kann die Bezirksleitung Ertinger nicht abun.“

Ertinger und die Bezirksleitung der SPD. sind eins. Die Bezirksleitung der SPD. ohne Ertinger ist in dem traurigen Kapitel IAB. unentbar. Mit dem Sturz Ertingers kann sich die SPD. von ihrer Schuld nicht reinwaschen.“

Mit Ertinger ist auch nicht ein Jugendver aus der SPD. ausgeschlossen worden. Ertinger war, wie schon oben gesagt wurde, der Reichsleiter der SPD.-Genossenschaftsteilung. Er ist es gewesen, der seinerzeit von Mostau aus als Feldherr für den Zeitpunkt Halle ansetzte vor, von dem aus die Eroberung der Genossenschaftsbewegung ausgehen sollte. Karl Ertinger war der „große Mann“, den man hierfür auserkür, obwohl er

Mundstück

nur dick rind ohne

3 1/3

schon eine wenig schone Vergangenheit hinter sich hat. Wenn Ergründer aus dem Gesicht nicht verdrängt, als Hauptleistung vielmehr einen an den Beschäftigten gerichteten Zeitschriften und den Beschäftigten nachweis für die Arbeit und Offenbarung der Mitarbeit, diese Charakteristika und Vorkaufauffassung genügt überhöhten wirtschaftlichen Ansprüchen.

es getroffen sind, die den KAS in den Vordergrund führten. Die kommunistische Partei entfiel sich durch den Ausschluß Ergründer von dem Hauptzweckigen am KAS-Bankrott, sie entlastete sich jedoch nicht von der Mitverantwortung. Immer mehr zeigte in der letzten Zeit auch innerhalb der KAS die Meinung, daß ihre Politik an dem Verbrechen am KAS schuld sei.

Schnobbo in erträglichen Grenzen
Der Streit um die Größe der Zuschüsse im Döner- und Serrenmaßnahmegebiete in Halle fand nach wiederholten Verhandlungen getrennt von dem hiesigen Schlichtungsausschuß sein Ende. Es wurde vereinbart, daß am 1. Dezember das Entgelt für feinständige Zuschüsse von monatlich 200 Mark auf 150 Mark herabgesetzt wird. Die Arbeitsgeber betragen 60 bis 85 Prozent des Entgeltbetrags. Der Tarif soll bis zum 31. März 1932 laufen.

Durch „Schaukasten“ geflossen
In der Großen Märkerstraße habe gestern nachmittags ein Kraftfahrzeug gegen ein dort haltendes Benzinauto. Der Führer des Kraftwagens stieg bei dem Anprall durch die Glasfront des Wagens und trug erhebliche Schnittwunden davon.

Auf dem Riebeckplatz ereignete sich gestern abend ein Zusammenstoß zwischen einem Personenauto und einem Straßenbahnwagen. Der Führer des Autos wollte mit seinem Wagen von der Leipziger Straße geradeaus nach der Zeilstraße überfahren, was befehlsmäßig nicht zulässig ist. Verletzt wurde bei dem Zusammenstoß glücklicherweise niemand.

Wieder eingeschlagen Schaulitzen. In der Nacht zum Mittwoch wurden in der Großen Märkerstraße zwei Schaulitzen eingeschlagen und daraus mehrere Personen- und Personenauto abgeholt. Der Fahrer des Kraftwagens wurde durch die Scheibe verletzt. Der Schaden betrug 485/494 unter der Bezeichnung 523/494 ab 1. Dezember wieder regelmäßig wochentags zwischen Halle und Eisenberg verkehrt. Die Fahrpläne sind folgende: 15.44 Uhr ab Eisenberg, 16.18 Uhr durch Zeilstraße, 16.58 Uhr an Halle, 18.00 Uhr ab Halle, 18.00 Uhr durch Zeilstraße, 18.06 Uhr an Eisenberg, 18.38 Uhr an Zeilstraße.

Wahlbestände Halle. Der dritte Abend des Jahres. Der menschlische Körper, psychologisch und funktionell gesehen ist am Mittwoch, den 2. Dezember, 20. verstorben worden. Wilhelm Paul Forme wird werden eine Auszeichnung durch die Reichsregierung in der nächsten Woche erhalten. Der Herr Forme hat im Januar 19. unterstellt ist. Es wird geteilt, sich für den Himmels am Freitag, 20. Uhr im Zentralbüro, rechtzeitig Karten zu bringen. Geplant wird der Kulturfilm „Kampf der Sterne“ und ein lustiges Programm von Schauspielerinnen.

Wahlbestände. Sonntagabend 29.11. der zweite Schritt bei den Kleinen Theatern: „Das Wöden aus der Färsinger“.

Wer war schuld an den Studentenrazzallen?

„Jail Dehn“ vor dem Preussischen Landtag

In der gestrigen Plenarsitzung des Preussischen Landtages kam es bei der Debatte über einen jener periodisch auftretenden deutschen Mißtrauensanträge — diesmal gegen den Kultusminister Grimme — auch zu einer Debatte über den „Jail Dehn“.

Der deutsche nationale Abgeordnete Dr. Hoffmann (Münster) behauptete dabei die Unverschämtheit, die volle Verantwortung für die Vorgänge in Halle dem Kultusminister Grimme zuzurechnen. Er führte aus, daß seit langem kein Vorgang an einer deutschen Hochschule wie Studentenrazzall derartig in Erregung gesetzt habe wie der „Jail Dehn“ und daß die abschließende Aussage es nicht verhehle, wie der Minister einen Mann zu ihrem Lehrer berufen konnte, der durch eine unüberprüfbare Klage von dem an den deutschen Universitäten lebenden Geiste getrennt ist. Der Geist, der an unseren Hochschulen herrscht, ist ja hinlänglich bekannt.

Demgegenüber stellte der sozialdemokratische Abgeordnete König fest, daß der Verwaltung Dehn der Oberbegriff und die Realität zugehört haben. Wenn man nach der sozialdemokratischen Abgeordnete Alex Müller (Halle) bespöttelt zum „Jail Dehn“ das Wort und führte aus:

Prof. Dehn nur Bleischieße für Angriffe auf den preussischen Kultusminister, auf Preußen überhaupt, war. Mit dieser Neuerung hat die deutsche nationale Abgeordnete ausgesprochen, daß der Kampf um Dehn ein politischer Kampf gegen den Kultusminister ist, sie hat damit ihren fraktionellen Hoffmann, der von der Verantwortung Grimmes an den Vorgängen in Halle sprach, zugeht.

Neuer Leiter des Knappschafts-Überprüfungsamtes. Der stellvertretende Oberbergamt Dr. Ebel beim Oberbergamt Halle ist zum Direktor des Knappschafts-Überprüfungsamtes in Halle ernannt worden.

Neue Mitglieder. Neuer Mitglied im Zimmermanns Reue-Bundesrat und der Rheinländer-Runde mit 20 Anhängern.

Halle und die vorstädtische Kleinriedlung

Der Magistrat hat die erforderlichen Vorbereitungen bereits getroffen, wagt aber vor zu weit gespannten Hoffnungen

Die „Hallschen Nachrichten“ brachten dieser Tage eine Mitteilung über die hallsche Stadterweiterung, daß die Stadtverwaltung mit diesem populären Thema bereits beschäftigt und als Zielgebiet ein Gelände der Stadt gehörendes Gelände des Stadtplatzes Deelen in Aussicht genommen habe. Es sollen auf diesem Gelände

vorläufig 182 Zielbaustellen geschaffen werden, und zwar in Zusammenarbeit mit einer hallschen Zielbau-Gesellschaft und der Mitteldeutschen Heimstätte. Sobald die finanziellen Voraussetzungen geklärt seien, könnte mit der Verwirklichung des Zielbauprogramms begonnen werden. Hierzu wird von der zuständigen amtlichen Stelle folgendes mitgeteilt:

„Der Magistrat der Stadt Halle hat über die Frage der Stadterweiterung grundsätzlich in bejahendem Sinne Stellung genommen. Unzulänglich kann jedoch erst nach Vereinfachung der Mittel durch den Reichszielbau-Kommissionar in Angriff genommen werden.

Für Halle muß in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Stadterweiterung nach Lage der Verhältnisse wohl auf halsbüchigen Grundstücken, nicht aber innerhalb des Stadtebietes möglich ist; denn das für die Stadterweiterung in Aussicht genommene Gelände liegt in der Nachbargemarkung. Es wird deshalb für Halle von entscheidender Bedeutung sein, auf welche Weise die hierdurch bedingten und unter den heutigen kommunalen Verhältnissen

nicht einfachen kommunalen Ausgleichsfragen aller Art ganz allgemein wie für Halle im besonderen geregelt werden. — Die Stadt hat die organisatorischen Vorbereitungen allerdings schon getroffen; die Inangriffnahme der Arbeiten kann jedoch erst nach Klärung der oben angelegten Fragen, unter denen die finanzielle nicht die geringste ist, erfolgen. Hierauf wird nachdrücklich hingewiesen, um vornehmlich zu zeitigen und zu weit gespannten Hoffnungen zu begegnen.“

Stahl und Blut

Roman von Frank Arnau

Copyright by Berlin-Verlag, Baden-Baden.

33) (Nachdruck verboten.)

„Ich werde die Zeit bis zur Verhandlung — vorausgesetzt, daß es jedoch kommt! — dazu benutzen, mich in dem Privatleben dieses Herrn Görwee ein wenig genauer umzusehen — vielleicht finden sich hier Spuren, die zu dem mir sehr lächerlichen. Denn einer muß ja diesem Görwee den Schlag verheben, nicht wahr? Und je bekanntlicher dieses Privatleben dieses Herrn Görwee ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß jemand anderer die Tat getan hat. Das ist mein wichtigste gedankliche Erinnerungsvorbereitung befaßt mich in die Zukunft.“

„Sollten Sie also den Kopf nicht biegen, Herr Hammer — noch ist lange nicht alles verloren, und was ich für Sie tun kann, das geschieht.“

Der Rechtskammerrat reichte Thomas die Hand zum Abschied. „Dabei Sie insbesondere besonderen Dank.“

„Herr Doktor — wozu Sie die Güte haben, die Agnes zu bezeichnen, daß ich sie grüßen lasse.“

„Aber, Herr Hammer, und ich werde ihr sagen, daß sie ungewollt der Zukunft entgegensteht, nicht wahr?“

„Amoh! — aber erst leicht heute, Herr Doktor.“

„Und tom?“

„Rann ich nicht aus der Zelle mit den drei Kerlen herauskommen?“

„Ich werde Ihre Entlassung aus der Unterjuchungsloft befragen. Natürlich wird der Antrag vom Amtsgerichtsrat Speener abgelehnt werden. — Der Mann läßt Sie nicht aus den Fängen. Ich fenne ihn. Aber aus der Zelle kommen Sie heraus.“

nunaklos auf — es mußte eben gemacht werden, diesen hartnäckigen Menschen auch ohne Gefährdung vor Gericht zu stellen.

Rechtskammerrat Dr. Wehmer war wiederholt bei Thomas gewesen. Sein Versuch, das Privatleben Görwees zu durchleuchten, brachte nur insofern Erfolg, als der Brief Görwees am Emma Göbel aufgefunden wurde. Das war nicht ohne Wert, denn einmal sagte dieser Brief den Mann in seiner ganzen Brutalität, zum anderen aber war durch das Schriftstück der Versuch erreicht, daß Görwee in der Vorbereitung der Unmöglichkeit gelang hatte. Görwee selbst war, vor allem wieder hergestellt, aus dem Krankenhaus in ein Sanatorium übergeführt. Der Rechtskammerrat gab dem Untersuchungsrichter von seiner Entdeckung keine Kenntnis; er erwartete, einigen Einwand auf den Gerichtshof mit der Vorlegung des Briefes zu erheben. Allein das Überwachungsamt machte schon eine Wirkung tun. —

Einmal durfte Agnes ihren Mann, — wie sie ihn fühlte, — ihren Geliebten, wie die Behörde sagte, — sprechen; aber die beiden waren zu bewegt, um sich alles sagen zu können, was sie auf dem Herzen hatten. Thomas war etwas beruhigt, denn die Stelle, die Agnes befehliche, war wirklich erträglich. Sie brauchte nicht hungern und konnte auch die Wärme für das Zimmer haben, was sie für einen intimen Gesprächs bestand natürlich nicht die Möglichkeit, denn es war ein Zufallsergebnis, dessen Anwesenheit allein schon genante, jedes liebe Wort zu verschleppen. Aber mit den Augen konnten sie sich sagen, wie sehr sie sich liebten.

Thomas war im gebrochenen Wagen ins Gerichtshaus gefahren worden — nur durch das keine vergrößerte Fenster am rückwärtigen Wagenfenster sah er ein Stückchen blauen Himmels und einen Streifen Grün: die Bäume der Alleen. Im Gerichtshaus führte man ihn in eine kleine Zelle, in der sich noch ein paar Minuten aus sein Verteidiger einlang.

„Herrn Sie eine Frau Weber“, fragte der Thomas, „eine Frau Katharina Weber, die Sekretarin in der Direktion der Knappschaft?“

„Schweig, Herr Doktor.“

„Ich habe da heute früh einen merkwürdigen Brief von dieser Frau bekommen. Sie würde sich zur Hauptverhandlung einfinden und wünscht als Zeugin vernommen zu werden. Wozu, das lag sie nicht. Können Sie sich denken, was die Frau auszuwagen hat?“

„Ich weiß nicht“, fuhr der Anwalt fort, „ich habe das Gefühl, daß es etwas nicht stimmt. Kann die Frau dabei gewesen sein, als der Überfall auf den Direktor Görwee erfolgte?“

„Das genügt, Frau Weber konnte ja dienstlich bei dem Direktor Görwee zu tun haben. Oder in der Nähe sein — vielleicht etwas hören.“

„Hat diese Frau einen früheren Einfluß in der Direktion besessen? So, das wissen Sie nicht. Ich habe festgestellt, daß eine Dame in der Zeit, die Direktor Görwee die Beziehungen zu dem armen Emma Göbel hatte, sehr häufig in der Junggefallenwohnung Görwees war. Sie wissen nicht, wie die Frau Weber aussieht? Nun, ich weiß es auch nicht. Aber es ist klar, daß ich in dieser Richtung keine Informationen anfordern kann, weil meine Zeit mehr dazu da ist. Nur der Schauspieler Fint könnte man darüber vernehmen — der ist ja als Zeuge geladen. Vielleicht erleben wir heute eine kleine Ueberführung.“

Zwei Justizwächter erschienen, den Anwalt in den Saal zu führen. Thomas wurde zur Aufregung geführt und nahm zwischen den zwei Uniformierten Platz.

Er war noch nie früher in einem Gerichtssaal gewesen und blühte interessiert umher.

Rechts von ihm, etwas erhöht, stand ein langer, mit grünem Tuch bedeckter Tisch — das war wohl der Gerichtstisch, der Richterstisch. Vor seiner Bank stand ein runder Tisch mit einem Stuhl davor — der war jedenfalls für den Verteidiger. Links, hinter einer hohen bruchlosen Schranke saßen Menschen, die sich halbamtlich und halb zivilisierten. An die hinterste Rückwand waren ihnen Latten im Neugierig an — er war ihnen wohl interessiert. Ein Tischler — das war ja schließlich auch nicht los bedeutungslos! — Wollschiffen es ihm, als ob ihm von den Hunderten von Besuchern manche, diese sogar bekannt wären. So sah nicht gleich in der dunklen Reihe Willen Grund? Jammoh! Dort lag der Herr Doktor. Herr Doktor Görwee war nicht mehr da. Sie — sie hatten ja auch Zeit dazu — sie trankten ja noch immer! Und trotzdem schafften sie die Mittel herbei, um einen Verteidiger zu stellen! Eine Welle von Wärme überflutete ihn, — und er nicht grüßend in den Jubelraum.

Nun kam sein Anwalt. Legte die dicke, abgenutzte Altemappe auf den Tisch und nahm Platz.

Das Sprechen im Jubelraum wurde lauter — sprachen die von ihm! — Ja — ja — die Kameraden gewiß — diese trauen, treuen Richter hoffen sie alle, daß der Bruch gut ausfallen werde!

„Stehen Sie auf — der Gerichtshof tritt ein!“

Thomas stand auf.

An der Wand hinter dem Richterhof war eine Tür geöffnet worden; gerade unter der Pfeilspitze der Wandstiele mit Kupferblech und Waage. Männer in Kalozen traten herein, und hinter ihnen andere, die Hofschilder trugen; sie nahmen an dem großen Tisch Platz. Dann erhob sich der in der Mitte sitzende Herr, ein mittelgroßer Mann mit breitem, glattrasiertem Gesicht und einer großen Nase, stülpte ein Barett auf die Ohren — (er sieht fast ein wenig aus, — dachte Thomas) — und hinterließ etwas zu einem Herrn, der aus mit einem Ziel ansehe von feinen Kameraden abwärts in der linken Ecke lag. Dann legte der Richter wieder und legte mit einer sehr lauten, durchdringenden Stimme:

„Die Beugen!“

Nun kniete sich wie auf Kommando die Tür, durch die er, Thomas Hammer, selbst in den Saal gekommen war, und eine Frau in grauem Kleid trat ein und stellte sich in dem leeren Raum zwischen Richterhof und Aufbrenner auf.

Thomas sah den Direktor Görwee, der als einer der ersten herinkam — er schien ein wenig blaß und von der redlichen Schwäche bis an den Unterleib brante eine schwere, gefürchte Farbe. O — das ganze Direktorium der Knappschaft war erschienen! Herr Wonnard, Herr Gärtner, — dann Maulbremer, Dörger — alle, die damals in dem Reichszielbauamt des Direktors Görwee gewesen waren. Die hallsche Dame — das war sicher Frau Weber, die sich selbst als Zeugin gemeldet hatte! Und wie langsam sie kam! Agnes! Sie trug ihr blaues Kleid und einen feinen Hut. Und sie sah nach ihm — und ihre lieben Augen schickten. Und es war ihm, als könnte ihm nun nichts mehr geschehen.

Die Namen der Beugen wurden aufgerufen — Thomas empfand wenig Interesse für sie; er sah nur Agnes.

(Fortsetzung folgt.)



Merseburg

Getränkesteuer in Merseburg

Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung des Magistrats ersichtlich, ist zunächst bis 31. März 1933 die Erhebung der Getränkesteuer mit einem Satz von 10 Prozent des Kleinhandelspreises vom Regierungspräsidenten wie auch vom Reichsausschuss genehmigt worden.

Graufinger Fund

Auf der Reichsbahnstrecke zwischen Schöppau und Kamenitz wurde heute früh an einer sonst unzugänglichen Stelle eine mäandrierende Quelle, vom fahrenden Zug in der Mitte durchtrennt, gefunden. Da die Ermittlungen zur Zeit noch im Gange sind, so die nähere Umjähre noch unbekannt.

festgestellt ist. In der letzten Magistratsitzung ist bereits der abgeregnete Otto Wirth als Nachfolger des durch den Tod geschiedenen unbefohlenen Magistratsmitgliedes Freiburger festgesetzt worden.

Amthliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 40

Donnerstag, den 26. November

1931

Bestellung des Erstmannes für ein ausgeschiedenes unbefohlenen Magistratsmitglied.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 24. November 1931 an Stelle des durch Ableben ausgeschiedenen unbefohlenen Stadtrates, Gemeinderates Alwin Freiburger — verpfl. Bekanntmachung des Magistrats vom 16. November 1931 — den Kaufmann Otto Wirth, hier, Burgstraße 9, als unbefohlenen Magistratsmitglied der Stadt Merseburg, den 24. November 1931, 110/32 — Der Magistrat.

Nach Genehmigung der zuständigen Behörden wird folgende Getränkesteuerordnung

Punkt 1. Die entgeltliche Abgabe von Wein, weinähnlichen und weinartigen Getränken, Schaumwein, säurearmen Getränken, Likör, Branntwein, Mineralwässern, künstlich bereiteten Getränken wie Kaffee, Tee und anderen Flüssigkeiten aus pflanzlichen Stoffen zum Verzehr an Ort und Stelle, insbesondere in Gast- und Handverkaufsstellen und an sonstigen Stätten, wo derartige Getränke entgeltlich verabreicht werden, unterliegt einer Steuer nach Abgabe dieser Ordnung.

Punkt 2. Die Steuer beträgt 10 v. H. des Entgeltes (Kleinhandelspreises) die in Punkt 1 bezeichneten Getränke.

Punkt 3. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer steuerpflichtige Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle entgeltlich abgibt (Steuerpflichtiger).

Punkt 4. Die Steuerschuld entsteht, wenn gemäß Punkt 1 steuerpflichtige Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle abgegeben werden mit im Zeitpunkt der Abgabe des Getränkes.

Punkt 5. Die Steuer ist durch Verwertung von Steuermarken zu zahlen. Bei jedem Verkauf steuerpflichtiger Getränke hat der Verkäufer vor jeder in der Stadthauptkasse gegen sofortige Bezahlung zu leistenden Steuerzeichen an den Abnehmer auszuhandeln.

Punkt 6. Wenn der Steuerpflichtige die ihm durch diese Steuerordnung auferlegten Pflichten nicht erfüllt, insbesondere die Meldung über die von ihm abgegebenen steuerpflichtigen Getränke nicht rechtzeitig vorvollständig erichtet, kann die Steuerschuld gefällig werden. Der Steuerpflichtige hat in seiner Eigenschaft an höherer Stelle an den Steuerstellen auszubehalten.

Punkt 7. Die Vorschriften der §§ 168, 169, 170 Abs. 2, 173, 177, 183, 1, 193, 196, 197 Abs. 1 und 2, 198, 199, 204 bis 208, 210 Abs. 1 und 2 der Reichsabgabenordnung sind entsprechend anwendbar.

Punkt 8. Die Steuerstelle kann mit dem Steuerpflichtigen Vereinbarungen treffen, die die Entrichtung der Steuer (z. B. über ihre Berechnung, Festsetzung, Erhebung, Rückzahlung) treffen, soweit diese die Besteuerung reinhalten und das steuerliche Ergebnis bei dem Steuerpflichtigen nicht wesentlich verändern.

Punkt 9. Dem Steuerpflichtigen stehen gegen die Genossenschaft zur Steuer in den §§ 69 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes angeordnete Rechtsmittel zu.

Punkt 10. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Steuerordnung

Kaufmanns Bescheid. Die Erhebung am heutigen Donnerstag; Bescheid vom Reichsausschuss, Minister Dr. Gumbel, fällt gegen Bestimmung des Regenten aus. Nächste Sitzung Donnerstag, den 5. Dezember.

Schiffbau. Stadtbordwerkbauwerk aufgeflogen. In der letzten Stadtbordwerkbauwerkung kam es bei der Verpachtung der Schiffbauwerkstätte zu einem Zusammenstoß, der mit der Verpachtung verbunden war. Die Verpachtung wurde schließlich vom Bordwerber beseitigt, und der Bürgermeister machte von seinem Ausweichtrecht Gebrauch. Er wies die Erbinhaber, die sich eingemischt hatten, aus dem Bauwerkraum.

Die „Demmer“ raderen zu wenig

Kaufmann. Eine Verammlung von etwa 30 Schriftführern, Geschäftsinhabern u. a. befaßte sich mit einer für die Beteiligten sehr unangenehmen Angelegenheit. Sie hatten alle einen Automaten in Form einer elektrischen Lampe erworben. Der Kaufpreis, 210 Mk., konnte laut Bescheid in Raten bezahlt werden, und zwar sollten diese Raten bei Aufnahme von Zinsen gutgeschrieben werden. Die Sache hatte nur den einen Fehler, daß auf diese Weise innerhalb eines Jahres nicht weniger als 14 000 Stück dieser Lampen erworben und infolgedessen auch umgelegt werden müssen. Dieser Umstand wurde wohl von den

meisten Beteiligten übersehen und der Bescheid unterzeichnet, ohne daß man sich über seinen Inhalt recht ins Klare geklärt hatte. Nun will man sein Recht auf gerichtlichem Wege geltend machen, wieder eine unzulässige Sache, da der Gerichtshof laut Bescheidlichen Treiben ist.

Kreis Querfurt

SPD, Werdöfer

In öffentlicher Verammlung sprach über Deutschlands Sozialismus der Landtagsabgeordnete Sonnabend, den 28. November, abends 8 Uhr, im Saal des Gemeindefestsaales in Rammstedt Landtagsabgeordneter Müller (Halle). Genossen, sprach! Gortz für Reichswehr dieser Verammlung.

Kostenlose Veranlagung

Am Freitag, den 27. November, findet vormittags von 9 Uhr ab im Kreisverwaltungsamt in Querfurt, Große Erzstraße 6, für die aus den Anhalten entlassenen Gefeststrafen, scharf Gefestigten und schwachmännigen Kinder, straffälligen Jugendlichen usw.

straße 11, und zu seinem Stellvertreter der Landwirt Richard Klauß, hier, Weihenstraße 20-22, ernannt worden. Die Wähler haben auf dem Stimmzettel nur einen der beiden Wahlvorschlüsse anzutreffen oder sonstige kenntlich zu machen, andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.

Merseburg, den 24. November 1931.

Der Magistrat.

Städtische Polizei.

Auf Grund der §§ 2 und 3 des Polizeiverordnungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Preuß. Gef. S. 1931 Seite 77) und der Ausführungsbestimmung dazu vom 1. Oktober 1931 (Min. Bl. t. Fern. 1931 Seite 923 ff.) führt die städtische Polizei vom 1. Oktober 1931 ab die Bezeichnung:

„Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde“.

Im dienstlichen Verkehr mit der städtischen Polizei ist daher nur noch vorstehende Aufschrift zu verwenden. Merseburg, den 20. November 1931.

Der Magistrat. Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde. Nr. 202/31.

Graveland auf dem früheren Gezierplatz.

Diejenige, die auf dem Gelände des früheren Gezierplatzes Erwerbslosengärten haben und bei der Herstellung dieser Gärten auf Ort und Stelle am 23. und 24. v. M. nicht zugegen waren, werden gebeten, bis zum 30. November 1931 auf Zimmer 11 des Rathauses am Markt zur Rücksprache wegen etwaiger Befreiung der ungenutzten Gärten vorzukommen. Vom 1. Dezember 1931 ab wird beim Richteramt vom Magistrat über die Erträge weiter verfahren.

Merseburg, den 25. November 1931.

Der Magistrat.

Diebstahl am 1. Dezember 1931.

Am 1. Dezember d. J. findet auf Anordnung der Reichsregierung eine Verhaftung statt, die sich auf Verbrechen (ohne Militärverbrechen), Diebstahl, Raub und Gef. Hindernis, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel und Hühnerfleisch erstreckt.

In diesem Zusammenhang sind die städtischen Verwaltungen und die städtischen Verwaltungen gebeten, die Verhaftung bei den Kindern und Jugendlichen durch Zufallsfragen zu erleichtern.

Die Ergebnisse der Verhaftung dienen zur Veranschaulichung der Verbrechen und sind für Zwecke der Steuererhebung keine Verwendbar.

Der vorstehende eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 30. Januar 1917 (Reichsgesetzblatt S. 81) oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erachtet oder wissenschaftlich unrichtig oder unvollständige Angaben macht, wird nach § 4 dieser Verordnung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft; auch kann die Verhaftung in Verbindung mit Verhaftung worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Merseburg, den 17. November 1931.

Der Magistrat.

Wahlverfahren für die Landwirte.

Nachdem der Kreisverwaltungsamt festgestellt hat, daß die Wahl- und Steuerstellen unter dem Rindfleischstand des Stadthauses wieder abgebaut ist, werden die feinerzeit angeordneten Schutz- und Sperrvorrichtungen hiermit außer Kraft gesetzt.

Die wegen der am 1. November 1931 festgestellten Schweinepflicht angeordneten Schutzmaßnahmen bleiben jedoch hierdurch unberührt. Merseburg, den 25. November 1931.

Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde. P 1 181/31

Stadtsammlung, Karfreitag Nr. 4.

Freitag, den 27. November 1931, von 15 bis 16.30 Uhr: Verkauf. Donnerstag, den 3. Dezember 1931, von 10 bis 11.30 Uhr: Annahme.

042 Telegramm aus mannheim

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit von Mannh. durch

1200 Le

Deutsche an alle hausfrauen =

= sensationelle preissenkung für vim =

= normaldose nur noch 20 pfg - doppeldose 35 pfg =

= dazu auf jeder dose wertvoller gutschein =

= besseres universal-putz- u. scheuermittel =

= für so wenig geld gibt es nicht =

= sunlicht a.g. =

100 V-25-67



Bereits-Kalender

der Ortsvereine der SPD, sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Gebiet Halle-Merseburg. (Sprechstunde: Halle a. S. 6. u. 8. u. 10. u. 12. u. 14. u. 16. u. 18. u. 20. u. 22. u. 24. u. 26. u. 28. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.)

Dalle

393. **Wahl Halle-Merseburg.** Die Ortsgruppen der SPD, sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Gebiet Halle-Merseburg. (Sprechstunde: Halle a. S. 6. u. 8. u. 10. u. 12. u. 14. u. 16. u. 18. u. 20. u. 22. u. 24. u. 26. u. 28. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.)

Aus dem Bezirk

Merseburg, Freitag, den 27. November: abends 8 Uhr im „Fischer“ große Parteimittung. Sämtliche Parteifunktionäre sind. Straßenpartizipanten müssen erscheinen. Schriftliche Einigung ergibt 11. 9. 1.

Chemnitz, Samstag, den 28. November: abends 8 Uhr im „Fischer“ große Parteimittung. Sämtliche Parteifunktionäre sind. Straßenpartizipanten müssen erscheinen. Schriftliche Einigung ergibt 11. 9. 1.

Leipzig, Sonntag, den 29. November: abends 8 Uhr im „Fischer“ große Parteimittung. Sämtliche Parteifunktionäre sind. Straßenpartizipanten müssen erscheinen. Schriftliche Einigung ergibt 11. 9. 1.

Wittenberg, Montag, den 30. November: abends 8 Uhr im „Fischer“ große Parteimittung. Sämtliche Parteifunktionäre sind. Straßenpartizipanten müssen erscheinen. Schriftliche Einigung ergibt 11. 9. 1.

Halle, Dienstag, den 1. Dezember: abends 8 Uhr im „Fischer“ große Parteimittung. Sämtliche Parteifunktionäre sind. Straßenpartizipanten müssen erscheinen. Schriftliche Einigung ergibt 11. 9. 1.

Stadttheater
Heute, Donnerstag, 20 - 21. 11. 1931:
Der neue Spion
Stombe von H. Segur
Freitag, 20 bis gegen 23 Uhr:
Koch's
Künstler-Spiele
bei nur 50 Pf. Eintritt bis 3 nachh.
Erwerbsteile 20 Pf. kommt alle in R. R.

WALHALLA
Sohn-Strass-Repertoire:
Der Zigeunerbaron!
Erste & Letzte
Sonnabend 11/14 Uhr:
27. Nachtbesetzung
Das Mädchen aus der Fursorge!
Ri. 1000 - 200. Vorverkauf
eröffnet. Die Jagdteile unter
10 Solen werden.

100 Prozent mehr Verdienst
durch drei Worte
ständig originell auffallend inserieren

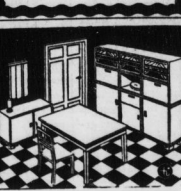
Danksagung
Jedem, der an **Rheumatisches Schick oder Gicht** leidet, teile ich gern mit, was meine Frau gegen u. billig kurierte. 15 Pf. Bildpostkarte. Für Apparate-Einstellung gratis.
H. Müller
Halle/Saale
Schmeerstr. 1

Ufa-Theater Alte Promenade
Morgen, Freitag, Erstaufführung des neuen Ufa-Films:
Sein Scheidungsgrund
In den Hauptrollen:
Lien Deyers - Joh. Riemann
Ein Film von ansteckender Heiterheit, mit einem geläuteten Maß voll Witz, Laune und feinem Spotz erlesen, von einer gefühlvollen und schmissigen Musik erfüllt. Eine Geschichte heiterster Komplikationen, getragen vom Übermut der natürlich-frischen Lien Deyers, von dem witzsprühenden Johannes Riemann und dem komischen Julius Falkenstein.
Vorher:
Das fünfte Ufa-Kabarett und die Ufa-Wochel
Sonntags: 4.00 6.10 8.20 Uhr.
Werktags: 2.50 4.10 6.10 8.20 Uhr.

Arbeiter-Sängerchor
Halle Mitglied des Deutschen Arb.-Sängerbundes
Sonnabend, den 26. November, abends 6 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“, Burgstraße 27
Chor- und Orchester-Konzert
Mitwirkende:
Kleinkhor des Arbeiter-Sängorchors
Des veränderte Behr-Orchester
Leitung: Herbert Schulze
Vortragsfolge siehe Anschlagstule
Karten 0,75 Mk., Eweralsche 0,50 Mk.
Vorverkauf: Volksblatt-Buchhandlung, Große Ulrichstraße 57
H. Müller, Merseburger Straße 47, W. Lösch, Trothauer Straße 7

Was sollte man lesen ...?
Freiz. Szarow, „Kapitalistische Wirtschaftsnot und Arbeiterklasse“ 0,20
Otto Landsberg, „Politische Krise der Gegenwart“ 0,25
St. Abramowitzki, „Wandlungen der bolschewistischen Diktatur“ 0,25
F. P. Mayer, „Friedrich Engels“, „Karl Marx“ ... je 1,00
„Der Moskauer Prozedur und die Sow. Arb.-Part.“ 0,45
„Marxistisches A.-B.-O.“, zusammengestellt von A. Orsippin 0,20
Nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages in Briefmarken
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27

Neu eröffnet!
Fisch-Spezialgeschäft
Artilleriestraße 96
Freitag: Blutfrischer Seelisch



KUCHEN
besonders billig
Mk. 75.- 88.- 95.- 105.- 145.- 165.- 185.- 225.-
Auf Wunsch Zahlungsanfertigung! Transport frei!
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 3
3 Minuten vom Markt

F. E. M.
Zigarren sind die besten
Eigene Fabrikation
Friedrich Ey
Merseburg, Bismarckstraße 38

Familien-Anzeiger

Tiefbetrübt zeigen wir hiermit an, daß Mittwoch früh mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der irrb. Schmiedemester
Karl Stahr
im Alter von 74 Jahren entschlossen ist.
Halle a. S., den 26. Nov. 1931.
Merseburg Str. 110.
Um ein stilles Beilaid bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Wwe. Minna Stahr geb. Wackermann
Die Beerdigung findet am Sonnabend 11 Uhr am dem Südfriedhof statt.

Kinderschuh
noch nie so billig!
6871 27/30 31/35
Rindbox-Schuhstiefel 4,25 4,75
„ m. Gummiohle 4,50 4,90
Vollgumm-Schuhstiefel 2,25 2,50
H. Wiebach
n. r. Kleine Ulrichstraße 11/12

Unsere **Butter-Qualitäten** stehen sehr hoch! Das weiß unsere Kundschaft. Unsere **Butter-Preise** stehen sehr niedrig!
Allerfeinste Molker-Tafel-Butter Pfund 1,40
Feinste Molker-Butter „ „ „ „ Pfund 1,36
Gute Molker-Butter „ „ „ „ Pfund 1,20
Unsere Teubutter
Eine Klasse für sich „ „ „ „ Pfund 1,44
„Flamante“ Margarine, ges. gesch. Eine Qualitätsleistung „ „ „ „ Pfund nur 0,80
Auf alle Waren unsere bekannten Rabatts

Butter Groß-Handlung Hammonia
Größtes Butter- und Margarine-Spezialgeschäft Deutschlands 10573
Verkaufsstelle: Halle, Gr. Ulrichstraße 47

Kennen Sie schon die neue Klein-Torpedo?
zu RM. 198,-
Große & Wittan Leipziger Str. 48/49

Kaufe bei J. Lewin
Das neueste Groß-Kaufhaus
Merseburg 3-3

Arbeiter Konsumverein Bockwitz u. Umge.
benutzt bei Bedarfdeckung den vorzüglichen GEG-Produkte

Kaufhaus Bassin
Falkenberg und Uebigau
Damen, Herren, Kind, Bekleidung - Kleiderstoffe - Wappmollwaren - Wollstoffe - Gardinen - Wohnwaren - Berufsbekleidung - Herren-Kleidung
R. v. d. r. u. n. e.

Sind's die Schuhgeh zu Marhold
Bretle konkurrenzlos. Auf Sohlen und Leder kann garantiert werden.
Erworbenlos erhalten Vergünstigung!
Paul Marhold
Schnellbesohlanstalt u. Lederhandlung
Belitzscher, Marienstr. 3a

Gaststätten
die sich empfehlen.
Annaburg:
Gastwirtschaft **Poppe**, Heiligtage **Eilenburg:**
„Kaffee Bismarck“ (Max in Hofmann)
„Ladstube“ (E. Rühnemann), Bahnhoffstraße
„Reichshaus“ (H. Deme), Langerer Straße
„Zum Eindecker“ (Schiller), Mühlener Str.
„Reichstrone“ (L. Winkler), Mühlener Landstr.
„Waldhaus“, Rühnemann, Mühlplatz
Gasthof Rudersdal (Hud. Schöner)
„Zum Bergschäfer“ (Kurt Vertmann)
Belitz:
„Eberghaus“ (Franz Deme)
„Goldene Krone“, Mühlplatz 3.
„Eindecker“, Mühlplatz 48.
„Reichshaus“ (H. Deme), Mühlplatz 12
„Goldener Stern“, Markt 22.
Reichsau bei Torgau:
Gasthof und Warenhandlung **Karl Ende**
Pfützau (Kreis Torgau):
Reichsau **Reichsau**
In Schilbau:
„Zur guten Quelle“ (H. Baumann)
Torgau:
Reichsau „Bürgergarten“ (Hans Zwiebel)
„Zur guten Quelle“ (Wiesegang), Schilbau, 16
Jede Zeile kostet monatlich 1,- Mark.
Der Betrag wird mit dem Bezugsgeld eingezogen.

Eilenburg-Torgau Fizek
Spezial-Daus für Herren- u. Damen- Bekleidung, Berufs- und Sport-Mode, Herren- u. Damen- u. Kinder- und Stoffe
Wer bei Fizek kauft, spart Geld!
Herren-Anzüge
Vorteilhafte Spezialpreise
25 45 64 79 Mk.
Herren-Mäntel
Vorteilhafte Spezialpreise
29 42 64 79 Mk.
Jünglingsgrößen 10% billiger
Ernst Sitte
Torgau, Beckenstraße

Ganz besond. preiswerte
Speisezimmer
in verlegten Holzarten, wie Eiche, Nubbaum, Birke poliert
395,- Mk.
Gebr. Jungblut
Möbelhaus
Luisenstr. 7

BLITZlichter
aus dem Oktober-Reichstag
1931
Nach dem amtlich. Stenogramm
Preis: **20 Pf.**
Nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages in Briefmarken
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

Billige Betteln!
Dredert 25,- 30,-
Unterbett 15,50 20,-
Pflöfen . . 5,50 30,-
Leipzig Str. 69
im Laden
Einkauf aller Möbelfelle
Bestauf aller Bett- u. Stuhlwaren
Gebr. Dangelwitz
Hofgarten 2.

Morgen ist Sonntag!
Der Berufstätige überlegt sich die Einteilung seines Lohnes und wird deshalb die Preisangebote der einzelnen Firmen prüfen. Sorgen Sie dafür, daß er, der zu der Hauptverbraucherachicht gehört, sich Ihrer Fabrikate erinnert und sie beim Einkauf fordert. Das wirksamste Mittel dazu, das Heer der Arbeitenden zu erfassen, ist die Anzeigenreklame im „Volksblatt“, Organ der werktätigen Bevölkerung.

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftlich. Versicherungs- aktiengesellschaft Hamburg 5.
Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands.
Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RMark Versicherungssumme, 500 Millionen RMark Vermögen, davon Eigentum der Vers. Chortien:
Prämienreserve über 100 Millionen RMark, Gewinnanteile über 32 Millionen RMark, zusammen über 132 Millionen RMark.
Versicherungsleistungen: über 11 Millionen RM. seit November 1923 (Ende der Inflation).
Nähre Auskunft erteilen die Rechnungsstellen:
Halle, Markt 42, Zim. 36. - Weissenfels, Wallerstr. 11. - Leipzig, Zeitzer Straße 32, Zimmer 61-64. - Bitterfeld, Goethestraße 12, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Auster 57-61.

Kauft nur bei unseren Inferenten!
Wer billig kaufen will kauft Haushalwaren bei **SOBEL**
Das Haus der volkstümlichen Preise
Steinweg 48 - Große Ulrichstraße 57 - Im Norden am Reilack